

Technische Kaufleute schweizweit top

WBZ SURSEE-WILLISAU Das Weiterbildungszentrum Kanton Luzern in Sursee und Willisau konnte seinen Studierenden des Bildungsgangs Technische Kaufleute die schulinternen Diplome überreichen. Auch schweizweit war der diesjährige Bildungsgang top: 38 Studierende haben die eidgenössische Berufsprüfung bestanden.

Am letzten Freitag wurden im Refektorium des Klosters Sursee 38 Technische Kaufleute diplomiert, die sich am WBZ auf die eidgenössische Berufsprüfung vorbereitet haben. Dieser Bildungsgang bringt jungen Berufsleuten aus Handwerk und Technik eine umfassende Vertiefung in Wirtschaft und Recht und ergänzt so die bereits abgeschlossene fachliche Grundbildung. Diplomierte Technische Kaufleute sind ausgewiesene Praktiker. Mit dieser anspruchsvollen Weiterbildung empfehlen sie sich nun als motivierte Fachkräfte für die Wirtschaft, so Dominik Zemp, Leiter Bildungsgang.

Grösste Berufsprüfung der Schweiz Dieser eidgenössische Fachausweis ist derzeit der bedeutendste Abschluss der höheren Berufsbildung. Von den 1014 Kandidatinnen und Kandidaten wa-



Die Diplomierten aus dem WB-Lesergebiet (Hintere Reihe, von links): Pascal Knupp, Martin von Bergen, Peter Lampart, Erich Schneider, Claudio Luternauer. Vordere Reihe, von links: Oliver Heller, Oliver Bucher, Miguel Jimenez, Karin Steinger, Raphael Fuchs, Simon Helfenstein, Roman Geiser. Auf dem Bild fehlt Adrian Müller. Foto Andrea Fahrner

ren in diesem Jahr schweizweit nur 68 Prozent erfolgreich. Vom WBZ haben 38 Studierende bestanden, was einer sehr hohen Erfolgsquote von 97 Prozent entspricht. Damit holten sich die WBZ-Studierenden im Ranking aller 50 Schulen der Schweiz wiederum den ersten Rang.

Der Luzerner Ständerat Damian Müller überreichte als Festredner die

Diplome und gratulierte den Studierenden höchstpersönlich zu ihrem Topergebnis. pd/WB

Die Diplomierten des Bildungsgangs aus der WB-Region: Bisang Joel, Egozwil; Bucher Oliver, Willisau; Felder Astrid, Buttisholz; Fuchs Raphael, Pfaffnau; Geiser Roman, Roggliswil; Helfenstein Simon, Reiden; Heller Oliver, Willisau; Knupp Pascal, St. Urban; Lampart Peter, Dagmersellen; Luternauer Claudio, Pfaffnau; Müller Adrian, Willisau; Schneider Erich, Schötz; Steinger Karin, Reiden; von Bergen Martin, Ufhusen.

Mut für Visionen gefordert

PODIUM Wie viel Mobilität darf sich der Mensch leisten, wie viele Quadratmeter Wohnraum beanspruchen? Diesen Fragen widmete sich ein Podiumsgespräch im Visco-Club in Emmenbrücke.

Mit der Veranstaltung feierte die CAS Gruppe ihr 25. Unternehmensjahr. Am Podium nahmen teil: Heidi Z'graggen (Regierungsrätin und zukünftige Ständerätin Kanton Uri), Arno Kneubühler (CEO Procimmo SA), Tanja Schindler (Baubiologin) und Conrad Wagner (CEO Denkfabrik Mobilität). Moderiert wurde das Podium von Pino Pilotto.

Vor grossen Herausforderungen Knapper werdende Ressourcen, verdichtetes Wohnen, Ansprüche an Wohn- und Lebensqualität, Klimawandel – die Baubranche steht vor Herausforderungen. Wie diese sinnvoll und nachhaltig



Angeregt diskutiert (von links): Heidi Z'graggen, Arno Kneubühler, Conrad Wagner, René Chappuis (CEO CAS Gruppe), Pino Pilotto und Tanja Schindler. Foto zvg

zu bewältigen sind, darüber waren sich die Podiumsteilnehmenden uneinig. Klar ist jedoch allen: Es braucht Visio-

nen und Mut, diese umzusetzen. Heidi Z'graggen sieht jedoch Schwierigkeiten bei den gesetzlichen Bestimmungen,

Regierungsrat mischt sich nicht in Krippenfinanzierung ein

KINDERTAGESSTÄTTEN

Der Luzerner Regierungsrat sieht sich ausserstande, in die Finanzierung der Kindertagesstätten einzugreifen. Er sei nicht für die Kita-Finanzierung zuständig. Die Krippen seien Sache der Gemeinden, hält der Regierungsrat in seiner Antwort auf ein Postulat von Kantonsrat Urban Sager (SP, Luzern) fest.

Urban Sager (SP, Luzern) forderte in seinem Vorstoss den Luzerner Regierungsrat auf, dafür zu sorgen, dass die Kindertagesstätten den Angestellten faire Löhne zahlen und moderate Tarife von den Eltern verlangen könnten. Die Luzerner Regierung solle deswegen zusätzliche Finanzierungsmodelle prüfen.

Tarifvergünstigungen durch die Unternehmen

Der Luzerner SP-Kantonsrat macht sich dabei auch für Tarifvergünstigungen durch die Unternehmen stark. Diese profitierten von einer ausgebauten familienergänzenden Kinderbetreuung.

Der Luzerner Regierungsrat lehnt Urban Sagers Ansinnen aber ab, wie aus seiner gestern Montag publizierten Antwort hervorgeht. Die familienergänzende Kinderbetreuung sei im Kanton Luzern eine Gemeindeaufgabe. 30 Gemeinden, in denen 70 Prozent der kantonalen Bevölkerung wohnten, würde denn auch über Betreuungsgutscheine die Kinderhorte subventionieren.

Westschweizer Kantone sind keine Vorbilder

In den Kantonen Waadt, Neuenburg und Freiburg müssen sich die Unternehmen finanziell an der Kinderbetreuung beteiligen. Die Höhe ihrer Beteiligung richtet sich nach der Lohnsumme. In diesen Kantonen sei die familienergänzende Kinderbetreuung aber beim Kanton, hält der Luzerner Regierungsrat fest.

Im Kanton Luzern bestehe dagegen keine gesetzliche Grundlage, die Unternehmen zur finanziellen Beteiligung an der Kinderbetreuung zu verpflichten, schreibt der Regierungsrat weiter. Gleiches gelte für die Schaffung neuer Finanzierungsmodelle oder Vergünstigungen durch die öffentliche Hand. sda/WB

die wenig Freiheiten zulassen, appelliert jedoch an die Planer, sich für Qualitätsbauten sowie Lebensraumqualität einzusetzen und Bauherren, Investoren und öffentliche Hand zu beraten.

Weniger administrative Hürden

Arno Kneubühler wünscht sich aus Investorensicht von Behördenseite weniger administrative Hürden und dafür mehr Mut, innovative Wohnkonzepte umzusetzen. Allerdings gebe es bei den Anlegern viel Luft nach oben, was die Offenheit gegenüber nachhaltigen Ideen und deren Finanzierung anbelange. Demgegenüber steht die Idee des «zügeln» Öko-Minihauses von Tanja Schindler. Die Baubiologin hat diese nachhaltige Wohnform bereits umgesetzt und wohnt seit einigen Jahren im eigenen Ökominihaus auf einer grünen Wiese in Altdorf, die ursprünglich vom Militär genutzt und nun für Zwischennutzungen freigegeben wurde. Dieser Ansatz des häuslicheren Umgangs mit

der Ressource Land birgt gemäss der Baubiologin enormes Potenzial, werde aber von behördlicher Seite viel zu wenig unterstützt.

Mehr Mobilität

Mehr Mobilität bei weniger Verkehr, so sieht Conrad Wagner die Zukunft. Möglich werde das durch die Digitalisierung, welche Wohn- und Mobilitätssysteme verbinde. Unterwegs mit intermodalen Reiseketten statt nur mit dem eigenen Auto. Möglich machen das laut Wagner Smartphone und Apps, welche individuelle Optionen oder ein Mobilitätspaket zusammenstellen, das RideSharing, CarSharing, Taxi, Warentransporte, Bahn, Bus und später mal Drohnenflüge verfügbar mache. pd

Die CAS Gruppe wurde 1994 von René Chappuis gegründet. Unter dem gemeinsamen Dach sind die Geschäftsbereiche CAS Ökonomie, CAS Architektur und CAS Realisierung vereint. Das Unternehmen beschäftigt an den vier Standorten Luzern, Altdorf, Willisau und Fribourg rund 50 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Drei Parteien fordern Sparbillette

VERKEHR SP, Grüne und GLP fordern in einem gemeinsamen Vorstoss, dass die Luzerner Bevölkerung im Passpartout-Tarifverbund in den Genuss von Sparbilletten kommt. Damit soll eine Verlagerung auf den öffentlichen Verkehr erwirkt werden.

Gemäss Angaben der SBB machen die rund drei Millionen verkauften Sparbillette 15 Prozent aller Billette aus. Zwei Drittel der Sparbillette wurden von bestehenden Kunden gekauft, die sowieso den gleichen Zug benutzt hätten oder wegen dem Sparbillett einen anderen Zug benutzen, heisst es in der Mitteilung. Ein Drittel der Sparbillette aber würden von Kundinnen und Kunden gekauft, die sonst nicht den Zug benutzt hätten, wovon 70 Prozent ein anderes Transportmittel benutzt hätten.

Konsumenten profitieren

Aus diesen Zahlen werde ersichtlich, dass knapp jedes vierte Sparbillett eine Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf den öffentlichen Verkehr bewirkt, was aus ökologischer

Sicht sehr zu begrüssen ist, schreiben SP, Grüne und GLP im gemeinsam eingereichten Vorstoss. Gleichzeitig könnten mit Sparbillett-Angeboten die öV-Auslastungen optimiert werden und die Konsumenten würden von tieferen Billettpreisen profitieren.

Absurde Szenarien

Gegenwärtig sei es so, dass innerhalb des Passpartout-Tarifverbunds keine Sparbillette angeboten werden können, etwa für die Strecke Luzern-Sursee. Daraus ergeben sich gleichzeitig absurde Szenarien, denn für die Strecke Luzern-Olten seien Sparbillette möglich, da diese Strecke über den Passpartout-Tarifverbund hinausgeht, und die Preise unter Umständen günstiger seien als für die Strecke Luzern-Sursee.

Aus den geschilderten Vorteilen und Umständen sei es daher wünschenswert, dass innerhalb des Passpartout-Tarifverbunds auch Sparbillette angeboten werden können. Die Regierung wird daher beauftragt, mit den Partnern im Passpartout-Tarifverbund zu prüfen, wie den einzelnen Unternehmen ermöglicht werden kann, für Strecken innerhalb des Tarifverbunds Sparbillette anzubieten, schreiben die drei Parteien weiter. pd/WB

70 Prozent arbeiten für ein KMU

ARBEITSMARKT Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bieten rund 70 Prozent aller Beschäftigten im Kanton Luzern eine Stelle. Sie machen 98,8 Prozent der Unternehmen im Kanton aus. Die Zahl der KMU wuchs 2017 allerdings weniger stark als jene der Grossunternehmen.

Im Vorjahresvergleich stieg die Zahl der Unternehmen mit weniger als 250 Mitarbeitenden im Kanton Luzern um 0,7 Prozent gegenüber 1,1 Prozent bei Grossunternehmen, wie Lustat Statistik Luzern am Donnerstag mitteilte. Ende 2017 waren im Kanton 29'006 marktwirtschaftliche Unternehmen tätig.

Rund 250'800 Stellen waren besetzt. Umgerechnet entsprach das 187'800 Vollzeitstellen, über 1'400 mehr als im Vorjahr. Das kantonale Wachstum von 0,8 Prozent lag unter dem schweizweiten Durchschnitt, wo es 1 Prozent betrug.

Das Beschäftigtenwachstum war sowohl auf den Industrie- als auch auf den Dienstleistungssektor zurückzuführen. Das Wachstum der Vollzeitäquivalente ging einzig auf den Privatsektor zurück. Der Sektor wuchs um 1,3 Prozent auf insgesamt 161'860 Vollzeitstellen an. sda

Kommission hat Vorbehalte

LEGISLATURPROGRAMM Die Planungs- und Finanzkommission (PFK) unter dem Vorsitz von Armin Hartmann (SVP, Schlierbach) hat das Legislaturprogramm 2019-2023 vorberaten. Im Legislaturprogramm legt der Regierungsrat 33 Legislaturziele fest zu Themen wie Sicherung von Wohlstand und Wohlfahrt oder dem Umgang mit dem Klimawandel.

Die PFK habe das Legislaturprogramm mit 11 zu 4 Stimmen bei einer Enthaltung in zustimmenden Sinn zur Kenntnis genommen. Die Kommission habe ferner beschlossen, dem Kantonsrat zwei Bemerkungen zum Bericht zu beantragen. Ein zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik sei das Schaffen von neuen Stellen in Branchen mit hoher Wertschöpfung. Es würden Massnahmen zur Reduktion des Fachkräftemangels geprüft. Weiter sei ein Beitrag zur Reduktion des CO₂ und weiteren Treibhausgas-Ausstosses zu fördern. Eine Minderheit der Kommission sei für eine neutrale oder gar ablehnende Kenntnisnahme des Legislaturprogramms. Gerügt wurde in der PFK, dass für viele Massnahmen die Ausstattung mit den dafür nötigen finanziellen Mitteln fehle. pd/WB

Spital führt öV-Abo wieder ein

ÖFFENTLICHER VERKEHR Das Luzerner Kantonsspital (LUKS) führt das von einem Jahr sistierte Job-Abo ab 1. Januar 2020 wieder ein. Das gab das LUKS in einer Medienmitteilung bekannt. Mit dem sogenannten Job-Abo beteiligt sich das LUKS künftig wieder an den öV-Kosten seiner Mitarbeitenden und setzt damit Anreize, um vom Auto auf den öffentlichen Verkehr umzusteigen. Das Luzerner Kantonsspital führte das Job-Abo 2015 als Teil eines umfassenden Mobilitätspakets ein. Im Januar 2019 teilte die Leitung des Kantonsspitals Luzern in einem Schreiben an die Mitarbeitenden mit, dass keine Vergünstigungen für öV-Abos mehr gewährt würden. Jetzt wird das Angebot also wieder angeboten. «Unser Ziel war es, mittels Job-Abo möglichst viele unserer Mitarbeitenden zum Umstieg vom Auto auf den öV zu motivieren. Genau das wollen wir mit der Neuauflage des Job-Abos auch künftig tun», wird Florian Eiholzer, Leiter Departement Betrieb und Infrastruktur des LUKS, in der Mitteilung zitiert. Ausgenommen vom Angebot sind Mitarbeitende, die innerhalb eines Sperrkreises wohnen. Sie erhalten kein Job-Abo, da sie bereits heute nicht mit dem Auto anreisen sollten. pd/WB